

EGB-Kongress 2011 in Athen

Solidarität ist die Antwort



Mit 27 Delegierten gehörte der DGB zu den größten Delegationen beim EGB-Kongress. Delegierte aus 36 Ländern stellten vom 16. bis 19. Mai die Weichen für die europäische Gewerkschaftspolitik bis 2014.



Fotos: Anne Graef

Vom Euro bis zu Schengen: Die europäische Einheit bröckelt, das Projekt Europa ist in Gefahr. Die Antwort der europäischen Gewerkschaften ist eindeutig – mit Geschlossenheit und Solidarität setzen sie sich dagegen zur Wehr, dass die „grundfalsche Politik der europäischen Regierungen Europa in Gewinner und Verlierer spaltet“, wie Annelie Buntenbach, im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für Europapolitik zuständig, auf dem EGB-Kongress erklärte. „Mehr Europa, aber anders“, brachte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske die Sicht der Gewerkschaften auf den Punkt. Auf dem EGB-Kongress ha-

ben die Gewerkschaften die Strategie festgelegt, wie sie in den kommenden vier Jahren für ein soziales Europa mobilisieren.

Gleich am ersten Tag beschloss der EGB-Kongress eine Resolution, in der er seine Solidarität mit dem krisengeschüttelten Griechenland bekundete und von der EU und dem gleichzeitig tagenden Rat der EU-Finanzminister ein Umsteuern in der Krisenpolitik forderte. Griechenland sei das erste Land, das in diesem Ausmaß von der Krise betroffen sei, aber andere würden zweifellos folgen, erklärte der scheidende EGB-Generalsekretär John Monks.

Griechenland brauche eine Perspektive für Wachstum und Entwicklung und keinen Sparzwang, heißt es in der Resolution. Konkret fordert das Papier unter anderem niedrige Kreditzinsen für die Defizit-Staaten, keine Verknüpfung von Hilfen an wachstumshemmende, unsoziale Sparmaßnahmen, mehr öffentliche Investitionen und keine Einmischung der europäischen Politik in die Tarifautonomie. Mittelfristig benötige der gemeinsame Währungsraum einheitliche Eurobonds, damit alle Mitgliedstaaten unter gleichen Finanzierungsbedingungen haushalten können, forderte DGB-Vorstand Claus Matecki.

Sorge bereitet Annelie Buntenbach, dass die arbeitnehmerfeindliche EU-Politik, die insbesondere in den Krisenstaaten eine Abwärtsspirale auslöst, die Menschen in Europa anfälliger für nationalistische Parolen macht. Sie betonte: „Die Alternative zum zerstörerischen Kurs der europäischen Politik ist nicht die nationalistische Karte, sondern gemeinsam für ein soziales und gerechtes Europa zu kämpfen.“

Mehr zum Kongress auf Seite 6 und 8 sowie im nächsten einblick.

plusminusBERLIN

+ Caren Marks, familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, ist fassungslos: „Leistungen für Familien als Gebärprämien einzusetzen, ist schauderhaft“, kommentiert sie die Überlegung der FDP, das Elterngeld abzuschaffen, weil es die Geburtenrate nicht gesteigert hat.

- FDP-Generalsekretär Christian Lindner findet, dass das Elterngeld nur Mitnahmeeffekte ermöglichen und deshalb abgeschafft werden sollte. Grundsätzlich beklagt er einen „bürokratisch verholzten Wohlfahrtsstaat“. „Liberale Mission“ sei es, Ansprüche „zu disziplinieren“.

Seite 3

Armutrisiko verringern
Die Gewerkschaften fordern, den Zugang zur Erwerbsminderungsrente wieder zu erleichtern. Die Bundesregierung lädt für den Herbst zum „Regierungsdialog“.

Seite 5

Wirtschaftsdemokratie überfällig
Der gewerkschaftlichen Forderung nach mehr Mitbestimmung begegnen die Arbeitgeber mit „ordnungs-politischer“ und „dogma-tischer“ Ablehnung.

Seite 7

Energieumstieg und gute Arbeit
„Der Strukturwandel im Energie- und Wirtschaftssystem muss zu guter Arbeit führen, sonst ist Industriepolitik nicht sozial und nachhaltig“, meint DGB Vorstandsmitglied Dietmar Hexel.



Der Surf-Tipp fürs Internet

<http://der-druck-muss-raus.de/>
ver.di-Kampagne für bessere Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Beschlüsse und Resolutionen des EGB-Kongresses

Diskriminierung

Weniger Arbeit – weniger Rechte

Geht es der Wirtschaft schlechter, steigt die Zahl derer, die am Arbeitsplatz diskriminiert werden. Zu diesem Ergebnis kommt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). In ihrem Bericht „Gleichheit bei der Arbeit: die andauernde Herausforderung“ zieht sie das Fazit, dass „Diskriminierung vielfältiger geworden ist“. ILO-Generalsekretär Juan Somavia fürchtet, dass die globale Wirtschaftskrise die Situation verschärft hat: „Ökonomisch unsichere Zeiten sind ein Nährboden für Diskriminierung in der Arbeitswelt und darüber hinaus auch in der gesamten Gesellschaft.“

Neu sind die Fälle nicht, die von der ILO aufgelistet werden. Dazu gehören die Lohnunterschiede zwi-

schen Frauen und Männern. Trotz der Einführung flexibler, familienfreundlicher Arbeitszeiten sei die Diskriminierung bei Schwangeren und Müttern „immer noch weit verbreitet“. Arbeitsmigranten würden weltweit beim Zugang zur Arbeit diskriminiert und „bittere Realität“ sei zudem, dass Behinderte benachteiligt würden. Dies belege die niedrige Erwerbsquote der weltweit 650 Millionen behinderten Menschen. Die ILO weist aber auch darauf hin, dass noch immer nicht alle Staaten die ILO-Übereinkommen über Gleichheit und Nichtdiskriminierung unterzeichnet haben. Bislang haben 169 von insgesamt 183 ILO-Staaten zugestimmt. •

CDU-Sozialausschüsse

Für gesetzlichen Mindestlohn

Der Arbeitnehmerflügel der CDU will einen gesetzlichen Mindestlohn. In einem Leitantrag zu ihrer Bundestagung formuliert die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) ihre Forderung nach einer gesetzlich verankerten Loh-

untergrenze. Der stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende, Christian Bäuml, betonte, mit dem gesetzlichen Mindestlohn für Leiharbeiter gehe die Bundesregierung den ersten Schritt in die richtige Richtung. Den liberalen Koalitionspartner forderte er auf, umzudenken: „Wir erwarten, dass sich die FDP neu ausrichtet, wenn sie in Zukunft wieder von mehr Menschen gewählt werden will.“ •

Nordafrika

DGB will Gewerkschaften helfen

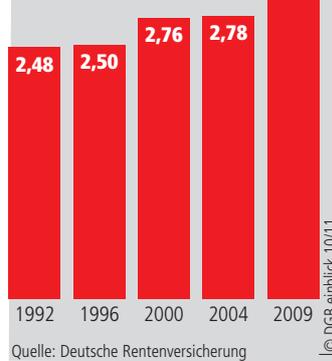
Der DGB will den Menschen in Nordafrika beim Aufbau von Gewerkschaften helfen. Das sagte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, zugleich Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Der Mut der Menschen, die in den Ländern Nordafrikas über Wochen gegen unmenschliche Regime protestierten und die zumindest in Ägypten und Tunesien schon einmal einen Systemwechsel er-

reichten, nötige ihm „Respekt und Bewunderung ab“. Der DGB sei bereit, Ägyptern und Tunesiern beim Aufbau unabhängiger und starker Gewerkschaften zu helfen. Dabei gehe es darum, praktische Unterstützung zu leisten, um aus Aktivisten eine Organisation zu formen – aber auch um technische Hilfsmittel. Der IGB hat zum Tag der Arbeit am 1. Mai in Kairo ein Büro eröffnet. •

www.einblick.dgb.de/links

Ausländer stärken Sozialkassen

Rentenversicherte Ausländer (in Millionen, gerundet)



Über drei Millionen Ausländer zahlten 2009 Beiträge in die Rentenkasse. Ihr Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich an. Mehr als zwei Drittel der hierzulande ansässigen Ausländer im erwerbsfähigen Alter seien berufstätig und „steigern die Leistung der deutschen Wirtschaft“, berichtet die Deutsche Rentenversicherung.

DGB-Aufruf

Energiewende jetzt

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) ruft zur Teilnahme an den bundesweiten Anti-Atom-Demonstrationen für eine Energiewende am 28. Mai 2011 auf. „Die große Mehrheit der Bevölkerung will die Energiewende, um Atomkraftwerke abschalten zu können“, heißt es im DGB-Aufruf. Der Atom-GAU sei vom Menschen letztlich nicht beherrschbar, die Endlagerfrage nicht gelöst. Die Gewerkschaften erwarten von der Bundesregierung und den Ländern: „Belohnen Sie Energiesparer und nicht die Atomenergie-Konzerne.“ Denn künftig müsse an erster Stelle die Energieeinsparung stehen. Der DGB ruft dazu auf, sich an den bundesweiten Kundgebungen am 28. Mai 2011 aktiv zu beteiligen. •

Informationen zu den Kundgebungen: www.dgb.de/1j69

Arbeitsgericht Hamburg

medsonet ist nicht tariffähig

ver.di hat die Entscheidung des Arbeitsgerichts Hamburg begrüßt, wonach die so genannte Gewerkschaft medsonet nicht tariffähig ist: „Damit wird der Ausbreitung von Phantomgewerkschaften ein weiterer Riegel vorgeschoben“, betonte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Gerd Herzberg. medsonet war in den vergangenen Jahren als Tarifpartner von Privatkliniken aufgetreten. Ellen Paschke, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands und zuständig für den Gesundheitsbereich sagte: „Es ist besorgniserregend, dass sich unter dem Schutz des Grundgesetzes vermeintliche Gewerkschaften gründen, um mit Arbeitgebern Tarifverträge abzuschließen, die jeder langfristigen tarifpolitischen Strategie im Sinne der Beschäftigten den Boden entziehen“.

ver.di hatte vor dem Arbeitsgericht Hamburg ein entsprechendes Verfahren eingeleitet. „Obwohl sich medsonet erst im September 2010 – eineinhalb Jahre nach Gründung – ein Tarifstatut gab, hat diese Scheingewerkschaft schon zuvor Tarifverträge abgeschlossen“, erläuterte Herzberg. ver.di verwies weiter darauf, dass medsonet bis heute keine Nachweise über ihre Mitgliederstärke vorgelegt hat. •

in eigener Sache

Entwarnung können wir allen ver.di-Kolleginnen und -Kollegen geben, die nach der letzten *einblick*-Ausgabe befürchteten, den **Antragsschluss für den ver.di-Bundeskongress** verpasst zu haben: Der ist erst am **26. Mai** – und nicht, wie von uns berichtet, am 13. Mai. Aufgepasst: Viel Zeit bleibt euch dennoch nicht, eure Anliegen einzubringen!

Zugang erleichtern, Armutsrisiken verringern

Rund 180 000 Menschen sind 2010 in Erwerbsminderungsrente gegangen. Damit ist die Zahl im vierten Jahr in Folge gestiegen und das trotz strenger Regelungen. DGB und Gewerkschaften fordern, den Zugang wieder zu erleichtern und Armutsrisiken im Alter zu bekämpfen.

Die Voraussetzungen für den Zugang zur Erwerbsminderung sind streng. „Wer weniger als drei Stunden arbeiten kann, bekommt die volle Rente“, heißt es in einer Broschüre des Bundesarbeitsministeriums lapidar. In der Realität ist die Anerkennung einer Erwerbsminderung für viele ArbeitnehmerInnen ein harter und langwieriger Kampf mit Medizinern, Versicherungen und nicht zuletzt Richtern.

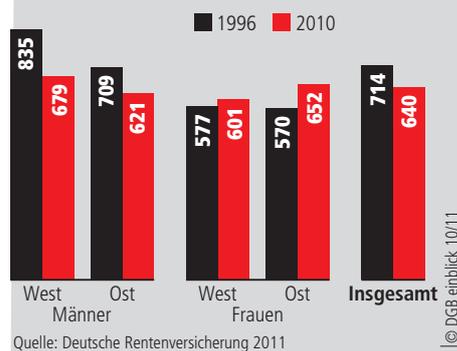
Seit 2000 müssen Beschäftigte mit körperlichen oder psychischen Leiden eine schwierige Prozedur in Kauf nehmen, um als voll erwerbsgemindert anerkannt zu werden. Trotzdem belegen Statistiken der Deutschen Rentenversicherung (DRV), dass seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts die Zahl der Neuzugänge wieder steigt – von rund 160 000 im Jahr 2006 auf aktuell 180 000. Mit einem Gesamtbestand von über einer Million erwerbsgeminderten Menschen in Rente handele es sich nicht um ein Randproblem, kritisiert der DGB. Besonders brisant: Die monatlichen Renten liegen oft an oder unter der Grundsicherung. Neun Prozent aller BezieherInnen voller Erwerbsminderungsrenten sind auf die Grundsicherung angewiesen. Mit anderen Worten: Hier ist Altersarmut bereits Realität.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der DGB, dass Schwarz-Gelb sich ab Herbst in einem „Regierungsdialog“ unter Beteiligung der Gewerkschaften und Arbeitgeber generell mit dem Thema Rente befassen will. Annelie Buntenbach, Mitglied im DGB-Vorstand und zuständig für Sozialpolitik, erklärt: „Wir begrüßen, dass die

Bundesregierung sich nicht in den Elfenbeinturm zurückzieht. Aber es darf nicht um eine billige PR-Aktion gehen. Die Koalition muss schnellstens handeln, damit sich die Probleme in der Rente nicht noch wei-

Erwerbsminderungsrente: Deutliche Einbußen

Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge für voll erwerbsgeminderte Neuzugänge 1996 und 2010 (in Euro)



ter aufürmen.“ Sie kündigt unter anderem an, dass sich der DGB verstärkt für bessere Bedingungen in der Erwerbsminderungsrente einsetzen will. „Die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente sind ein Skandal. In einem ersten Schritt müssen jetzt die so genannten Zurechnungszeiten verlängert werden. Außerdem muss auch die Rente mit 67 wenigstens auf Eis gelegt werden.“

Denn von Beschäftigten, die körperlich oder psychisch krank sind, schaffen es nur die Wenigsten bis 67. Die DRV-Statistik zeigt: Im Schnitt gehen voll Erwerbsgeminderte mit knapp unter 50 Jahren in Rente. Dabei weist die Deutsche Rentenversicherung einen beachtlichen Trend bei den Ursachen aus. Demnach ist der Anteil der psychi-

schen Krankheiten von 2000 bis 2010 bei Männern von 20 auf 34 Prozent und bei Frauen von 31 auf 45 Prozent gestiegen.

Eine weitere wichtige Diagnose bei den Neuzugängen zur Erwerbsminderung sind weiterhin Skeletterkrankungen. Deren Anteil ist bei den Männern zwar zwischen 2000 und 2010 von 27 auf 15 Prozent gefallen, gehört damit aber immer noch zu den dritthäufigsten Krankheitsbildern. Besonders in den Bauberufen ist dies ein Hauptgrund für Erwerbsminderung. Martin Mathes,

Innerhalb von 14 Jahren sind die monatlichen Zahlbeträge in der Erwerbsminderungsrente im Durchschnitt um 75 Euro gesunken. Vor allem westdeutsche Männer müssen im Fall einer vollen Erwerbsminderung mit fast 20 Prozent weniger Rente auskommen als noch 1996. Leicht zugenommen haben die Renten für Frauen.

Kürzung verfassungskonform

Wer krank ist und vor dem 63. Lebensjahr nicht mehr arbeiten kann, muss ordentlich Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente in Kauf nehmen. Ein Gesetz aus dem Jahr 2000 sieht vor, dass der so genannte Zugangsfaktor für jeden Monat des Rentenbezugs vor dem 63. Lebensjahr um 0,3 Prozent gekürzt wird. Maximal kann die Rente so um 10,8 Prozent gekürzt werden.

Im Januar hat das Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde gegen die Kürzung des Zugangsfaktors um 10,8 Prozent bei Erwerbsminderungsrenten zurückgewiesen. Der Eingriff in die grundsätzlich geschützten Rechte stelle nach dem Ergebnis der Prüfung durch das Gericht „keine übermäßige Belastung dar und ist nicht als unverhältnismäßig anzusehen“. Auch bei Rentenbeginn vor Vollendung des 60. Lebensjahres sei die Kürzung mit dem Grundgesetz vereinbar, erklärten die Richter.

Bundesverfassungsgericht, 11. Januar 2011 – 1 BvR 3588/08, 1 BvR 555/09

Gelbe Hand

Wettbewerb gestartet

Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ ruft auch in diesem Jahr zum Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ auf. Bis zum 10. Dezember können Schulklassen aus Berufsschulen, Projektgruppen aus Betrieben und Verwaltungen ihre Beiträge gegen Ausgrenzung, Rassismus und für Gleichberechtigung einreichen. Bereits seit 25 Jahren kämpft der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Damit zählt er zu den ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland. • www.gelbehand.de/wettbewerb

DGB-Jugend

Praktikanten im Betrieb

Ob als Schüler oder im Studium – für viele junge Menschen heißt es mittlerweile: Ein Praktikum ist Pflicht. Außerdem nutzen viele Studierende die Chance, um Erfahrungen in der Arbeitswelt zu sammeln. Für Betriebsräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen stellt sich dann die Frage, wie man mit den PraktikantInnen im Betrieb umgehen soll. Welche gesetzlichen Standards



Eine **Berufsunfähigkeitsversicherung** ist neben einer privaten Haftpflichtversicherung ein absolutes Muss. Doch es gibt gerade einmal drei Millionen Verträge in Deutschland. Ein Grund für die geringe Nachfrage: Die Materie ist kompliziert. Denn für ArbeitnehmerInnen gilt es viele Fragen zu klären. Was ist die richtige Versi-

gibt es? Dürfen PraktikantInnen an einer Betriebsversammlung teilnehmen? Diese und viele weitere Fragen beantwortet die Broschüre der DGB-Jugend „Praktikantinnen und Praktikanten im Betrieb“. Von Betriebsvereinbarungen bis hin

cherung für mich? Worauf muss ich achten? Um das Dickicht im Tarif-Dschungel der privaten Versicherer ein wenig zu ordnen, hat die Verbraucherzentrale NRW ihren Ratgeber **Berufsunfähigkeit gezielt absichern** nun in der vierten Auflage herausgegeben. Mit vielen Tipps und Infos wird detailliert erklärt, welche Strategie für welche Berufsgruppe am besten ist. Egal ob Maurer, Chemiker oder

Beamter: In Fallbeispielen werden verschiedene Szenarien veranschaulicht. Im Anhang sind ausgezeichnete Anbieter sowie Beratungsstellen aufgelistet.

Verbraucherzentrale NRW: *Berufsunfähigkeit gezielt absichern – Der Weg zum besten Vertrag*, 182 Seiten, 9,90 Euro (zuzüglich 2,50 Euro Porto und Versand)



Auto Club Europa

Verkehrssünder-Kartei reformieren

Der Auto Club Europa (ACE) begrüßt grundsätzlich eine Reform des Flensburger Punktesystems für Verkehrssünder, wie sie Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) angeregt hat. Der Verkehrsrechtsexperte beim ACE, Volker Lempp, machte allerdings deutlich: „Gegen mehr Transparenz und eine Vereinfachung haben wir nichts

zu tarifrechtlichen Möglichkeiten erläutert die DGB-Jugend, wie Betriebsräte und JAVen für ein faires Praktikum sorgen können. Die Broschüre kann sowohl bei der DGB-Jugend als auch bei der IG BCE bestellt werden. • www.ace-online.de

einzuwenden, doch jede Änderung muss sich daran messen lassen, ob sie tatsächlich zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr beiträgt.“ Es gelte: Die Höhe der Punktzahl müsse sich an der Gefährlichkeit des Verkehrsverstößes orientieren. Einen Punkte-Rabatt für Vielfahrer lehnt der ACE ab. • <http://sozialwahl2011.verdi.de>

Sozialwahl 2011

SMS-Alarm nutzen

Die Wahlunterlagen sind verschickt. Die Sozialwahlen 2011 laufen noch bis zum 1. Juni. Als Service bietet ver.di allen ArbeitnehmerInnen an, sich per SMS-Benachrichtigung an die Wahl erinnern zu lassen. Und so geht's: Einfach bei Erhalt der Unterlagen „Sozialwahl“ sowie den Vornamen, Nachnamen und die Postleitzahl an die 84343 senden und eine Woche später an die Wahl erinnert werden. Die SMS wird vom Provider zu den üblichen Konditionen abgerechnet. ver.di betont, dass die Daten nicht weitergegeben und nach der Sozialwahl gelöscht werden. • <http://sozialwahl2011.verdi.de>

interregio

••• Der **DGB-Bezirk West** begrüßt den von SPD und Grünen in Rheinland-Pfalz vorgelegten **Koalitionsvertrag**. „Es ist zu begrüßen, dass Rot-Grün sich eindeutig zur Mitbestimmung, zu Tarifverträgen und zum flächendeckenden Mindestlohn bekennt, und gleichzeitig prekärer Beschäftigung und Dumpinglöhnen eine klare Absage erteilt“, betont der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid. Allerdings müssten die Gewerkschaften zur Kenntnis nehmen,

dass die mit der Schuldenbremse verbundenen Einsparungen von 220 Millionen Euro vor allem von den Beschäftigten gezahlt werden sollen. Außerdem sei das Angebot zur Einkommensverbesserung von einem Prozent an die BeamtenInnen zu wenig, kritisiert Muscheid. <http://dgb-rlp.de>

••• Der **DGB-Sachsen**, die **DGB-Jugend**, das Dresdener Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung und das Netzwerk Courage erinnern mit einem **Theaterstück** an den Hit-

ler-Attentäter Georg Elser. Am 25. Mai wird „Der unbekanntete Held“ aus der Feder des Journalisten Heiko Ostendorf im Dresdener Volkshaus aufgeführt. In den Hauptrollen spielen Konrad Haller und Jörg Fabrizius. Nach der Aufführung steht das Ensemble dem Publikum für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. www.dgb-sachsen.de/

••• Der **DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg** unterstützt am 1. Juni in Berlin eine **Veranstaltung** gegen den Missbrauch von Arbeits-

rechtsstandards in der Sportbekleidungsindustrie. Die Initiatoren Berlin Fair und die Christliche Initiative Romero erklären: „Das Eröffnungsspiel zur Frauen-WM am 26. Juni in Berlin werden viele Fußballfans mit großer Spannung verfolgen. Weniger präsent sind hingegen die Bedingungen, unter denen Fußball-Nationaltrikots und Bälle in Niedriglohnländern produziert werden.“ Im Fokus soll das Unternehmen Ocean Sky stehen. www.berlin-brandenburg.dgb.de

Warten auf Regierungswechsel

Die gewerkschaftliche Forderung, die Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen gesetzlich zu stärken, ist der Inhalt zweier Anträge der Fraktionen von SPD und Die Linke.

Die Montanmitbestimmung feierte ihren 60. Geburtstag am 12. Mai in Dortmund. Drei Tage zuvor diskutierten auf einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales Gewerkschaften, Arbeitgeber und Juristen über eine Erweiterung der geltenden Mitbestimmungsgesetze.

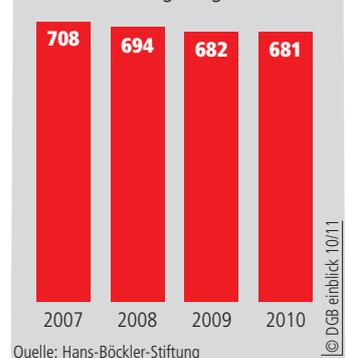
Die Montanmitbestimmung hat bewiesen, dass sie die beste Form der Mitbestimmung ist“, sagte Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall anlässlich des Festaktes zum Jubiläum der Montanmitbestimmung. Es sei sinnvoll, diese Mitbestimmungsform auf andere Branchen auszuweiten. „Wir fordern eine Grundsatzdebatte über mögliche Modelle, die eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten an Unternehmensentscheidungen sowie nachhaltiger Beschäftigungspolitik ermöglichen“, forderte Wetzel. „Die Montanmitbestimmung ist ein Modell, das funktioniert und das wir wieder viel stärker in den Blick nehmen sollten“, unterstützte NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) die Gewerkschaften auf dem Festakt.

Doch die Anhörung im Bundestag zeigte: Zwischen Befürwortern und Gegnern eines Ausbaus der Unternehmensmitbestimmung klafft noch eine breite Lücke. Zwei Anträge lagen dem Ausschuss zur Anhörung vor. Das SPD-Papier „Demokratische Teilhabe von Belegschaften und ihren Vertretern an unternehmerischen Entscheidungen stärken“ sowie der Antrag der Linken „Unternehmensmitbestimmung lückenlos garantieren“. Beide Oppositionsparteien plädieren für eine Ausweitung der Mitbestimmung. Vor allem möchten sie die Regeln auch auf Unternehmen in Deutschland mit einer ausländischen Rechtsform ausweiten.

Darüber hinaus soll die Schwelle für das Mitbestimmungsgesetz von 2000 auf 1000 Beschäftigte abgesenkt werden und beim Drit-

Mitbestimmung auf dem Rückzug

Zahl der mitbestimmten Unternehmen nach der 76er Regelung



Die Zahl der mitbestimmten Unternehmen nimmt kontinuierlich ab. Der Höchststand lag im Jahr 2002 bei 767 Unternehmen. Die gesetzliche Montanmitbestimmung gilt heute nur noch in 31 Unternehmen. Bei ihrer Einführung im Jahr 1951 waren es 105 Unternehmen.

telbeteiligungsgesetz von 500 auf 250. Die SPD will zudem einen „gesetzlichen Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte“ und die Abschaffung des Doppelstimmrechts des Aufsichtsratsvorsitzenden für Kapitalgesellschaften, die unter die 76er Regelung fallen.

Am 9. Mai diesen Jahres konnten Sachverständige der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände und Juristen den Abgeordneten ihre Sichtweise zu den beiden Anträgen vorlegen. Und die waren – erwartungsgemäß – gegensätzlich. Für den DGB gilt die Montanmitbestimmung als „Blaupause“. Deshalb sollten wichtige Elemente daraus übernommen werden. Derzeit allerdings registriert der DGB

„eine schleichende Flucht aus der Mitbestimmung“ und argumentierte, die von der SPD formulierten Forderungen seien nicht nur eine „in hohem Maße aktuelle gesellschaftspolitische Frage, sondern auch eine Antwort auf die Europäisierung des Gesellschaftsrechtes“. Eine Änderung könnte hier „endlich Rechtssicherheit schaffen“.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hingegen lehnte erwartungsgemäß jegliche Veränderung konsequent ab. SPD und Linke, so die Argumentation, würden mit ihren Wünschen „die Isolierung des deutschen Mitbestimmungssystems in Europa vertiefen“. Eine Erweiterung der Rechte im Sinne der Montanmitbestimmung widerspreche der Niederlassungsfreiheit. Zudem sei die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestkatalog „aus ordnungspolitischen und dogmatischen Gründen“ abzulehnen.

Dem Wirtschaftsrechtler Prof. Heinz-J. Bontrup von der Fachhochschule Gelsenkirchen hingegen reichen die Forderung der Opposition nicht aus. Diese wiesen zwar in die richtige Richtung, betont er in seiner Stellungnahme. Aber selbst bei vollständiger Umsetzung könne auch in Zukunft nicht von einer Wirtschaftsdemokratie gesprochen werden. Diese sei aber längst überfällig, sagte er während der Anhörung.

Die Parlamentsmehrheit von CDU/CSU und Liberalen wird vermutlich die Wünsche der Gewerkschaften nicht erfüllen. Der Antragsmitunterzeichner Josip Juratovic (SPD) versprach aber, spätestens nach der Bundestagswahl 2013 wolle seine Partei die Vorschläge auch umsetzen. ●

Lob für den Standort

US-Unternehmen fühlen sich in Deutschland wohl. Für 60 Prozent der befragten Unternehmen ist der Standort Bundesrepublik neben China der eindeutige Favorit. Mit großem Abstand folgen die EU-Länder Großbritannien (18 %), Frankreich (15 %) oder auch Spanien (6 %). Die osteuropäischen EU-Staaten halten 28 Prozent für eine gute Alternative.

Das jährlich vorgelegte „Business Barometer“ der Amerikanischen Handelskammer (AmCham) zeigt aktuell, dass sich die Unternehmen nicht nur wohlfühlen, sondern entgegen den Aussagen früherer Jahre, besonders „die gute Zusammenarbeit aller Tarifpartner“ als Standortvorteil bewerten. In den vergangenen Jahren gehörte die Deregulierung des Arbeitsmarktes noch zur Standardforderung der Investoren.

AmCham-Vizepräsident Lutz Raettig schätzt, dass sich die amerikanischen Töchter zunehmend von ihren Müttern „emanzipiert“ haben. Auch die Tatsache, dass die Unternehmen überwiegend von deutschen Managern geleitet werden, habe wohl die Sicht auf die deutsche Mitbestimmung verändert, glaubt Raettig. „Denen geht es gut, die sind gesund“, betonte der Vize-Präsident bei der Vorstellung der Zahlen am 10. Mai in Berlin.

www.einblick.dgb.dellinks

kurz & bündig



Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner hat kritisiert,

„dass die beschlossene Förderung der Elektromobilität sich auf Elektroautos beschränkt. Verbesserung von neuen Antriebstechnologien und Umstieg auf regenerative Quellen seien auf der Schiene „schneller und kostengünstiger“ zu erreichen.“



Die zunehmende Radikalisierung und hohe Gewaltbereitschaft eines Teils der Ultra-Fußballfanszene gefährdet nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die von Fans, Fußball und Polizei initiierte Sicherheitspartnerschaft, warnt der Bundesvorsitzende der GdP Bernhard Witthaut.



„Die Akzeptanz der neuen Bachelor-Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor unbefriedigend“, kritisiert GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller. Die GEW warnt deshalb Bund und Länder, „die Probleme bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses an den deutschen Hochschulen zu verschleiern“.



Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane begrüßt die Geldstrafe gegen einen ehemaligen Verwaltungsratschef von Aldi Nord wegen finanzieller Förderung des Berufsverbands AUB. ver.di werde nicht hinnehmen, dass Arbeitgeber versuchten, sich eine „passende“ Arbeitnehmerorganisation ins Haus zu holen.

IG Metall Kampagne

Die Jugend im Blick

Bundesweit wird die IG Metall in Kürze auf Straßen und Plätzen präsent sein, um für ihre Kampagne „Arbeit – sicher und fair. Zukunft und Perspektiven für die Junge Generation“ zu werben. „Junge Menschen sind überproportional von unsicherer Arbeit betroffen“, kritisiert Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Deshalb will die Gewerkschaft direkt mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen und Unterstützung anbieten.

Unter anderem startet die IG Metall eine Roadshow. Das Ziel:

„Die Interessen der jungen Generations ins Zentrum rücken“. „Wir werden dort konkret handeln, wo unsere größte Gestaltungskompetenz liegt: im Betrieb, in den Branchen und in der Tarifpolitik“, betont Wetzel. Mit mehr als 200 000 ju-

gendlichen Mitgliedern ist die IG Metall der größte Jugendverband in Deutschland. 40 Prozent aller Neumitglieder sind Männer und Frauen bis 27 Jahre, meldet die Gewerkschaft. •

www.jungegeneration.de



Demo in Brüssel

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und die Europäische Transportarbeiter Föderation (ETF) rufen für den 24. Mai zu einer Demonstration in Brüssel auf. An diesem Tag wird das EU-Parlament über die Neufassung des Ersten EU-Eisenbahnpakets beraten. Mit

diesem Paket will die EU Infrastruktur vom Betrieb der Bahnen trennen – und damit die verbliebenen integrierten Bahngesellschaften zerschlagen und die Personenverkehrsdienstleistungen europaweit vollständig liberalisieren. Zudem soll das Streikrecht eingeschränkt werden. Das Paket würde eine weitere Verschärfung des Wettbewerbs auf Kosten der Beschäftigten bedeuten, so die EVG. •

? ... nachgefragt



Foto: Anne Graef

„Die Medikamente sind schlimmer als die Krankheit“, beschreibt Yannis Panagopoulos, Präsident des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE, die Folgen der Krisenpolitik von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Griechenland. Weshalb die bisherige Krisenpolitik zum Scheitern verurteilt ist, erklärt er im einblick-Interview.

Die Krise in Griechenland hat vielerlei Gründe – einige sind hausgemacht, andere haben ihre Ursachen in der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und lassen sich nur gesamteuropäisch bekämpfen. Offensichtlich wurde das Scheitern des wirtschaftspolitischen Paradigmas, das Griechenland in den letzten Jahren verfolgt hat. Seit Jahren kritisieren die griechischen Gewerkschaften, dass die Politik kaum Wachstumsimpulse durch Investitionen gegeben hat und Steuerhinterziehung sowie Korruption nicht ausreichend bekämpft wurden.

Die so genannte Rettung Griechenlands aus der Schuldenkrise – und auch der anderen Defizitländer – geht aber einher mit hohen Zinsen und einem extremen Sparkurs, an den IWF, EZB und EU ihre Hilfen knüpfen. Sie führen zu radikalen sozialen Einschnitten und zur Rezession. Nachhaltige Wachstumsperspektiven werden im Keim erstickt. Die Armut wächst, und der Lebensstandard großer Teile der griechischen Bevölkerung wird irreparabel beschädigt. Die Diagnose kann deshalb nur lauten: Die Medikamente sind schlimmer als die Krankheit. Ein Teufelskreis wurde ausgelöst. Schon in den 1930er Jahren hat sich gezeigt, dass durch Sparmaßnahmen die Rezession weiter verschärft wird. Wenn das Bruttoinlandsprodukt sinkt, steigt die Verschuldungsquote, selbst wenn die

Höhe der Schulden gleich bleibt. Die Steuern steigen, die Nachfrage sinkt, die Gefahr einer Inflation nimmt zu, die sinkende Nachfrage führt zum Bankrott von Unternehmen.

Der an den Rettungsschirm geknüpfte Politikkurs hat in keiner Weise die griechische Wirtschaft stabilisiert. Er ist gescheitert. Das Finanzsystem steht nicht besser da, auch die Kreditwürdigkeit Griechenlands hat sich nicht verbessert. Griechenland befindet sich in der Schuldenfalle. Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeit haben extrem zugenommen, und die Gegensätze zwischen Arm und Reich verschärfen sich. Die Sparmaßnahmen haben den Arbeitsmarkt um 20 Jahre zurück geworfen, und Arbeitnehmerrechte wurden abgebaut. Gleichzeitig verdienen die Banken, die mit ihren Spekulationen die Krise mit ausgelöst haben, an den hohen Kreditzinsen, die Griechenland auferlegt werden.

Natürlich müssen wir hierzulande unsere Probleme lösen, aber das allein reicht nicht. Wir benötigen eine gesamteuropäische Strategie zur Bekämpfung der Krise und der Verschuldung – zumal nun der radikale Sparkurs mit all seinen negativen Folgen durch den Euro-Plus-Pakt auf ganz Europa übertragen werden soll. Ziel muss es stattdessen sein, in allen Ländern der Eurozone Wachstum zu fördern, Beschäftigung zu sichern und damit die Euro-Zone zu stabilisieren.

Energiepolitik

Energieumstieg nicht ohne gute Arbeit

Am Energieumstieg führt kein Weg vorbei. Davon ist DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel überzeugt. Er muss von einer sozialen und nachhaltigen Industriepolitik begleitet werden, um die Chancen auf mehr Lebensqualität und gute Arbeit zu nutzen.

Seit dem verheerenden Atomunfall in Japan steht Deutschland vor einem der radikalsten Umbrüche im Energie- und Wirtschaftssystem überhaupt. In atemberaubender Geschwindigkeit werden wir die Grundlagen der Energieerzeugung und -versorgung ändern und neue Infrastrukturen aufbauen. **Riesige Chancen für eine bessere Lebensqualität, neue Produkte, Märkte und Arbeitsplätze eröffnen sich.** Doch dieser Prozess muss sorgfältig organisiert werden und darf die sozialen Folgen des Umbruchs nicht außer Acht lassen.

Ein nachhaltiges Energiesystem muss umweltfreundlich, sicher und bezahlbar sein und den Industriestandort Deutschland weiterentwickeln. Der DGB hat sich für den raschen und geordneten Ausstieg aus der Atomenergie ohne die Verrechnung von Restlaufzeiten und ohne Revisionsklausel ausgesprochen. **Der zukünftige Energiemix kommt ohne Atomkraft aus.** Ohne Stromlücke sollte dies in den nächsten zehn Jahren bis spätestens 2020 möglich sein. Abgebrannte Atombrennstäbe sind in abgeschalteten Atomkraftwerken mit qualifizierten Mannschaften sicherer als unkontrolliert verbuddelt.

Der beste Weg in eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft ist, CO₂ erst gar nicht zu erzeugen und Energie zu sparen. Die Senkung des Energieverbrauchs ist daher das Kernelement eines zukunftsfähigen Energiekonzepts. Öffentliche und private Gebäude stehen für rund 40 Prozent des Energieverbrauchs und 20 Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes in Deutschland. Die Kürzung der Fördermittel für die energetische Sanierung durch CDU/CSU/FDP war falsch. Die Fördermittel für öffentliche und private Gebäude müssen sofort wieder **mindestens auf das Niveau von 2009 mit zwei Mrd. Euro angehoben und auf fünf Mrd. gesteigert werden.** Durch Gebäude- und Heizungsanierung können in wenigen Jahren 30 Prozent der Primärenergie eingespart werden.

Material- und Energiekosten bilden in vielen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes inzwischen einen größeren Kostenblock als die Personalkosten. Das Einsparpotenzial in der deutschen Industrie wird auf jährlich zehn Milliarden Euro geschätzt. **Energieeinsparung und -effizienz sind die größten Hebel für die Energiewende,** noch vor dem Ausbau von Windenergie oder Photovoltaik. Ein

verbindliches Energiemanagementsystem in den Betrieben ist unerlässlich.

Der Übergang ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien ist ohne neue Speicher und Netze nicht zu bewältigen. Er setzt auf absehbare Zeit noch „Brückentechnologien“ wie Kohle und Gas voraus. Diese dürfen die Klimaziele jedoch nicht gefährden. Der DGB setzt sich für eine Erneuerung des bestehenden Kraftwerksparks ein. Alle genehmigten und im Bau befindlichen Kraftwerke müssen zu Ende gebaut und, soweit möglich, mit Kraft-Wärme-Kopplung verbunden werden. Bis 2020 muss mindestens die Hälfte des deutschen Kraftwerksparks effizienzsteigernd modernisiert bzw. durch neue Kraftwerke ersetzt werden. Die Forschung für die Abscheidung von CO₂ muss forciert und CO₂ als Rohstoff für chemische Produkte genutzt werden.

Der forcierte Wandel des Energiesystems ist eng mit einer aktiven Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik verknüpft. In der Vergangenheit sind die Ziele Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit gegeneinander ausgespielt worden. Zukunftsfähig ist eine Industriepolitik nur, wenn sie diese Ziele produktiv verbindet. Ein stimmiges Gesamtkonzept muss sich vorrangig an mehr Lebensqualität und sozialer Sicherheit bei gleichzeitiger Wettbewerbsfähigkeit orientieren.

Auch Risiken müssen bedacht werden. Die neuen Branchen der Erneuerbaren Energien boomen und werden in den nächsten Jahren weitere zehntausend neue Arbeitsplätze hervorbringen. Auch in diesen Branchen müssen eine tariflich gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden. **Strukturwandel muss zu guter Arbeit führen, sonst ist Industriepolitik nicht sozial und nachhaltig.** Ein verbindliches Konzept für faire Übergangsstrategien hat sicherzustellen, dass Arbeitnehmerinteressen berücksichtigt werden, auch und gerade in den stark betroffenen Sektoren, damit der begrüßenswerte Wandel nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wird. ●



Dietmar Hexel, 61, im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für Industrie- und Energiepolitik verantwortlich, ist auch Sachverständiger in der Bundestags-Enquetekommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität.

Der Fahrplan zur Energiewende

Zwei Kommissionen beraten derzeit über die künftige Energieversorgung. Die 16 Experten der Reaktorsicherheitskommission, eine ständige Einrichtung des Bundesumweltministeriums, haben am 17. Mai ihren Endbericht vorgelegt. Dieser fließt in die Beratungen der Ethikkommission mit ein.

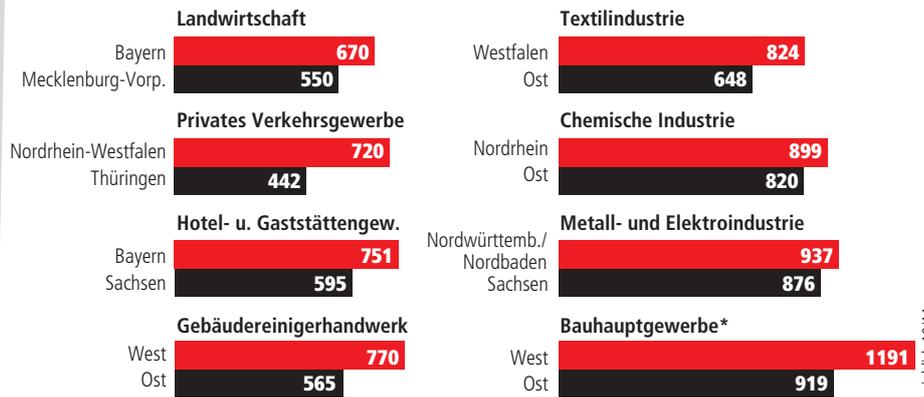
Die Ethikkommission, der 17 Mitglieder aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen angehören, muss bis Ende Mai ihre Empfehlungen präsentieren. Die öffentliche Abschluss Sitzung ist für den 28. Mai geplant. Am 30. Mai wird der Bericht an die Kanzlerin übergeben.

Am 6. Juni soll es bereits eine Kabinettsvorlage geben. Danach beschäftigt sich der Bundestag am 9. Juni in erster Lesung mit den Gesetzentwürfen. Für den 30. Juni sind die zweite und die dritte Lesung mit anschließender Abstimmung geplant. Der Bundesrat soll sich am 8. Juli mit den Gesetzen beschäftigen.

AUSBILDUNGSVERGÜTUNG: Große Unterschiede zwischen Ost und West

Je nach Branche, Region und Ausbildungsjahr fallen Ausbildungsvergütungen sehr unterschiedlich aus. Das zeigt ein Bericht des WSI-Tarifarchivs. Schlusslicht sind Azubis im privaten Verkehrsgewerbe in Thüringen. Sie verdienen gerade einmal 442 Euro pro Monat im dritten Lehrjahr. Mit 1191 Euro verdienen westdeutsche Bau-Azubis im dritten Lehrjahr am meisten. Die WSI-Experten konstatieren ein Vergütungsgelände zwischen West und Ost aber auch zwischen Süd und Nord.

Ausbildungsvergütungen für gewerbliche und kaufmännische Auszubildende im dritten Ausbildungsjahr in ausgewählten regionalen Tarifbereichen (in Euro)



*Ohne Ost- und Westberlin

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2011

© DGB einblick 10/11

personalien

Der IG BCE-Vorsitzende **Michael Vassiliadis**, 47, ist einstimmig zum neuen Präsidenten der Föderation der Europäischen Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) gewählt worden. Er folgt **Hubertus Schmoldt**, 66, der die Organisation seit 1996 leitete. Zudem wählte die Generalversammlung des EMCEF **Michael Wolters**, 45, zum neuen Generalsekretär. Er folgt **Reinhard Reibsch**, 59, der in den Ruhestand geht.

Florian Moritz, 33, ist ab 1. Juni neuer Referent in der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundes-

vorstand. Der Politikwissenschaftler und Volkswirt ist zuständig für Wachstums-, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik auf internationaler und europäischer Ebene sowie Geldpolitik.

Ignacio Fernández Toxo, 58, Generalsekretär der spanischen Gewerkschaft Comisiones Obreras (CC.OO.), wurde auf dem EGB-Kongress in Athen zum neuen EGB-Präsidenten gewählt. Er folgt der Schwedin **Wanja Lundby-Wedin**, 58, die das Amt seit 2007 innehatte. Neue Generalsekretärin ist die Französin **Bernadette Ségol**, 61, bisher Regionalsekretärin der Gewerkschaftsföderation UNI-EURO-

PE. Sie folgt dem bisherigen EGB-Generalsekretär **John Monks**, 65, vom britischen TUC. Als Ségols Stellvertreter wurden gewählt: **József Niemiec**, 56, NSZZ Solidarnosc Polen, der schon bisher dem EGB-Sekretariat angehörte, sowie **Patrick Itschert**, 57, bisher Generalsekretär der Internationalen Gewerkschaftsföderation Textil,

Bekleidung, Leder. Neu im EGB-Sekretariat sind außerdem **Claudia Menne**, 49, bisher Abteilungsleiterin für Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik beim DGB-Bundesvorstand, die Britin **Judith Kirton-Darling** (EMB), 33, die Schwedin **Veronica Anna-Maria Nilsson** (EGB), 39, sowie der Italiener **Luca Visentini** (UIL), 41.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

- 24.5.** NGG, EFFAT u.a., Schlusskonferenz „cocoanet“, Mechelen/Belgien
- 26.5.** GEW, Fachveranstaltung „Zweiter Follow-Up-Kongress zum Templiner Manifest: Lizenz zum Befristen – das Wissenschaftszeitvertragsgesetz nach der Evaluation“, Berlin

- 27.5.** DGB, Fachgespräch „Netzwerktreffen Öffentliche Verwaltungen“, Köln
- 28.5.** Aktionstag „Atomkraft: Schluss!“, Großdemonstrationen in 21 Städten
- 1.6.** Sozialwahlen der Sozialversicherungsträger 2011
- 4.6.** Bündnis gegen Rechts Braunschweig, Demonstration „Naziaufmarsch stoppen!“, Braunschweig

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor. Beilagenhinweis: Dem einblick 10/11 liegt eine Beilage des „Bundesverbandes Arbeitsorientierter Beratung“ bei.

Schlusspunkt.

„Nach der Zählung wird die Zahl übrigens immer noch nicht richtig sein, bloß weniger falsch.“

Robert Birnbaum kommentierte im „Tagesspiegel“ vom 8. Mai den Beginn der Volkszählung 2011.

Homosexuelle Paare

Keine Diskriminierung in der Rente

Schwule und Lesben, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, haben Anspruch darauf, bei der Berechnung ihrer Versorgungsbezüge wie verheiratete Ehepartner behandelt zu werden.

**Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 10. Mai 2011 - C-147/08**

Arbeitsrecht in den Kirchen

Persönliche Grundrechte gehen vor

Bei der Abwägung der Interessen der Kirche gegen die individuellen Grundrechte genießen die persönlichen Grundrechte den Vorrang. Die persönliche Freiheit eines Arbeitnehmers, die Ehe nach dem Gesetz einzugehen, darf vom kirchlichen Arbeitgeber nicht beschnitten werden, auch wenn die Ehe mit den kirchlichen Grundsätzen nicht übereinstimmt. Es stellt eine Grundrechtsverletzung dar, wenn die Kirche den Arbeitsplatz verweigert, weil die Arbeitnehmerin einen geschiedenen Mann standesamtlich geheiratet hat.

**Spanisches Verfassungsgericht,
Urteil vom 14. April 2011 – Recurso de amparo 3338-2002**

Kirchliche Einrichtungen

Dürfen bestreikt werden

Kirchliche Einrichtungen, in denen die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt werden, dürfen bestreikt werden. Auch ein Streik von Ärzten in kirchlichen Einrichtungen ist nicht generell unzulässig, solange die notwendige Patientenversorgung durch eine Notdienstvereinbarung abgesichert werden kann.

**Landesarbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 23. März 2011 -2 Sa 831/0**

Urlaub

Kein eigenmächtiger Urlaubsantritt

Der Arbeitnehmer darf nicht eigenmächtig Urlaub nehmen. Tut er es trotzdem, stellt dieses Verhalten eine schwere Pflichtverletzung dar. Sie rechtfertigt aber nicht in jedem Fall eine fristlose Kündigung. Die Beschäftigung des Arbeitnehmers bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist ist zumutbar, wenn der Arbeitnehmer lange Zeit arbeitsunfähig erkrankt war, sich nicht sicher ist, ob er wieder vollständig genesen ist und subjektiv meint, zur endgültigen Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit eines Urlaubs zu bedürfen.

**Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 26. November 2010 - 10 Sa 1823/10**

Pflegeheime

Können Berichte nicht blockieren

Alten- und Pflegeheime müssen die gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung von Prüfergebnissen der Pflegequalität dulden. Sie können sich nicht grundsätzlich gerichtlich gegen den Aushang der Transparenzberichte im Heim sowie die Veröffentlichung im Internet wehren. Wettbewerbsnachteile durch negative Bewertungen sind hinzunehmen und überwiegen das Informationsbedürfnis der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen nicht automatisch.

**Landesozialgericht Sachsen-Anhalt,
Beschluss vom 14. Juni 2010 - L 4 P 31/0 B ER**

Ruhegehalt

Wegen Bestechlichkeit aberkannt

Einem ehemaligen Beamten, der sich im aktiven Dienst als bestechlich erwiesen hat, ist das Ruhegehalt abzuerkennen.

Der Fall: Der inzwischen wegen Dienstunfähigkeit in den vorzeitigen Ruhestand versetzte Beamte bei der Deutschen Bahn AG war als Teamleiter für drei Baugruppen verantwortlich. In mehreren Fällen hat er Sach- und Geldzuwendungen (einen Laptop, Sommerreifen, eine Kettensäge, einen Kaffeevollautomaten und mindestens dreimal Bargeld von jeweils 500,- Euro) von einem Auftragnehmer entgegengenommen und im Gegenzug überhöhte Abrechnungen als sachlich richtig bestätigt. Nach der Disziplinaranzeige erkannte das Verwaltungsgericht dem Beamten das Ruhegehalt ab. Die Berufung, mit der der Ruhestandsbeamte geltend machte, die begangenen Dienstpflichtverletzungen rechtfertigten keine Aberkennung des Ruhegehalts, hatte keinen Erfolg.

Das Oberverwaltungsgericht: Auch unter Berücksichtigung entlastender Umstände wiegt das Dienstvergehen so schwer, dass die Aberkennung des Ruhegehalts zwingend geboten ist. Er hat über einen längeren Zeitraum in zahlreichen Fällen gegen die beamtenrechtliche Pflicht zur uneigennütigen Amtsführung und gegen das Verbot der Vorteilsannahme verstoßen. Dabei hat er nicht nur Sachzuwendungen von erheblichem Wert, sondern auch bares Geld in beträchtlicher Höhe entgegengenommen. Entscheidend entlasten kann ihn insbesondere nicht, dass er die Taten auf Veranlassung seines Vorgesetzten begangen habe.

**Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 31. März 2011 - 11 A 10222/11.OVG**

Unfallversicherungsrecht

Hilfe in der Familie ohne Schutz

Arbeitnehmer sind während ihrer Arbeit gesetzlich unfallversichert. Dies gilt auch für Personen, die wie Arbeitnehmer tätig sind. Hilft ein Student seinen Eltern bei Eigenbauarbeiten, handelt es sich allerdings um eine übliche und zu erwartende Gefälligkeitsleistung, die nicht unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung fällt.

Der Fall: Der junge Mann mit Erstwohnsitz bei den Eltern half bei Umbauarbeiten am Haus und verletzte sich dabei. Die Unfallkasse lehnte eine Entschädigung mit der Begründung ab, dass es sich um eine Gefälligkeitsleistung unter Verwandten handele. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landesozialgericht: Zwar können auch unentgeltliche Tätigkeiten unter Verwandten arbeitnehmerähnlich sein. Versicherungsschutz besteht jedoch nicht, wenn es sich aufgrund der konkreten sozialen Beziehungen um einen selbstverständlichen Hilfsdienst oder eine Tätigkeit handele, die bei besonders engen Beziehungen üblich und zu erwarten ist. Dies gilt in besonderem Maße für Eltern-Kind-Beziehungen, und zwar auch dann, wenn die Kinder volljährig sind und nicht mehr ständig im Haushalt der Eltern wohnen. Selbstverständliche Hilfe unter Verwandten ist keine arbeitnehmerähnliche Tätigkeit. Daher war die Mitarbeit des klagenden Studenten nicht gesetzlich unfallversichert. Die Umbauarbeiten sollten zur Kostenersparnis in Eigenleistung erbracht werden. Dabei haben die Eltern, die das Studium ihres Sohnes finanziell unterstützten und ihm in ihrem Haus kostenlos Unterkunft gewährten, dessen Hilfe erwarten können.

**Hessisches Landesozialgericht,
Urteil vom 15. März 2011 - L 3 U 90/09**